# Wöchentliche Erzähler,

## Anzeigenblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

**Amtsblatt**

der Kgl. Amtshauptmannschaft, der Kgl. Schulinspektion und des Kgl. Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Kgl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.

Telegr.-Adr.: Amtsblatt.

Als unentgeltliche Beilagen: Jeden Mittwoch: Belletristische Beilage; jeden Freitag: Der sächsische Landwirt; jeden Sonntag: Illustriertes Sonntagsblatt.


[illegible]

[illegible] Sonnabend, [illegible] Uhr [illegible] Hotel [illegible] Telephon Nr. 6587. [illegible] abends 8 Uhr.

Inserate, welche in diesem Blatte die bestmögliche Verbreitung finden, werden bis abends 10 Uhr angenommen, größere und komplizierte Anzeigen tags vorher. Die viergespaltene Korpuszeile 12 ₰, die Reklamezeile 30 ₰. Geringster Inseratenbetrag 40 ₰. Für Wiedergabe unverlangt eingesandter Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr.

Die [illegible] der Wahlberechtigten zur Bezirksversammlung der Königlichen Amtshauptmannschaft Bautzen soll

**Sonnabend, den 17. Dezember 1910, vormittags 10 Uhr**

**im Saale des Hotels „zur goldenen Weintraube“,**

[illegible] die Wahlberechtigten, denen besondere Einladung nebst Stimmzettelformular zugestellt werden soll, mit dem Bemerken [illegible] Uhr das Wahllokal geschlossen wird und später Erscheinende zur Teilnahme an der Wahl nicht mehr zugelassen werden können. [illegible] sich bei der ersten Wahlhandlung eine absolute Mehrheit nicht ergeben oder die Ablehnung einer Wahl in unzweifelhaft [illegible] ist, so werden die Herren Wähler ersucht, vor Beendigung [illegible] einer engeren bez. Nachwahl zu verschreiten ist, [illegible] zu entfernen.

[illegible] den 10. Dezember 1910.

**Königliche Amtshauptmannschaft.**

## Gymnasium zu Bautzen, Bismarckstr. 2.

[illegible] werden vom 13.—14. Dezember, 11—1 vorm., im Rektoratszimmer des 1. Stocks [illegible] Geburts- oder Taufbescheinigung, Impfschein, das letzte Schulzeugnis, [illegible] mitzubringen.

Rektor Dr. **Bochmann.**

## Das Wichtigste vom Tage.

[illegible] der offizielle Rücktritt des [illegible] Kiaochow. An dieser Stelle tritt [illegible] Exzellenz v. Truppel. (Siehe Ausland.)

[illegible] wurde gestern bei der 1. Lesung des [illegible] und die Vorlagen [illegible] verwiesen. (Siehe Reichstagsbericht.)

[illegible] Gesetzentwurf über die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres ist gestern dem Reichstage zugegangen. (Siehe Politische Rundschau.)

[illegible] Sturm auf dem Kaiserlichen [illegible] Opfer gefordert. Ein Anlegeplatz [illegible] Landungsbrücken wurde losgerissen, [illegible] Sturm getrieben. (Siehe Sonderbericht.)

[illegible] Denkschrift, wo der 3 Millionen [illegible] Ernte [illegible] Mitte des [illegible] Monats August [illegible]

## Sachsen und die Schiffahrtsabgaben.

Gestern ist das [illegible] Gesetz über die Schiffahrtsabgaben im Anschluß zur 1. Beratung gelangt und mehr und mehr rückt der Tag heran, wo uns die traurige Gewißheit bringt, daß, soweit das Reich in Frage kommt, der Einführung der Schiffahrtsabgaben kein Hindernis mehr im Wege steht.

Soweit das Reich in Frage kommt, denn [illegible] Ausland bildet hier einen mitbestimmenden [illegible] Unterwerfungen ist allerdings nicht [illegible] und hat den ersten ministeriellen Erlassen, welche von der Abgabenfreiheit auf den deutschen Strömen sehr Schönes zu sagen wußten, [illegible] Handlung folgen lassen, der wohl in Berlin sehr angenehm berührt haben mag, der aber im nichtpreußischen Deutschland umso peinlichere Empfindungen auslösen mußte. Nun bleibt uns nur noch Holland und nach den neuesten Meldungen scheint allerdings Hoffnung, daß man dort den Widerstand nur schwer zu brechen im Stande sein wird. Denn Holland ist nicht nur auf den Rhein angewiesen und kann sehr wohl vom französischen Kanalnetz Gebrauch machen. Damit wäre auf dem Rhein wenigstens die Abschaffung der Abgabenfreiheit illusorisch.

Daß Sachsen in der Aufhebung der Schiffahrtsabgaben-Freiheit eine schwere wirtschaftliche Schädigung erblickt, geht schon daraus hervor, daß sich, als im sächsischen Parlament diese Frage auf der Tagesordnung stand, keine Partei ausschloß, als es galt, gegen dieses Projekt Stellung zu nehmen. Damals war auch die Regierung noch fest, mußte aber später zu retten suchen, was noch zu retten war. Doch darüber ist jetzt nicht mehr die Zeit zu streiten und zu rechten. Viel wichtiger ist es auf die schweren Verluste hinzuweisen die dem Sachsenland bei Inkrafttreten des Gesetzes drohen. Viele Industriezweige sind auf die billige Wasserfracht direkt angewiesen. Sobald hierin eine Verteuerung eintritt hört für sie unter Umständen die Möglichkeit auf, auf dem Weltmarkt weiter erfolgreich konkurrieren zu können.

Ebenso wie die Industrie sind die Umschlagsplätze an der Elbe bedroht. Sie haben infolge der Entwicklung der Schiffahrt einen erfreulichen Aufschwung genommen und wirtschaftlicher Ruin droht ihnen in der Ferne wenn ihnen die Ursache dieses Wohlstandes genommen resp. eingeschränkt wird.

Der Reichstag hat nun das Wort! Möchten die sächsischen Abgeordneten hier unter Einsetzung aller Parteiunterschiede Mann für Mann zu Gunsten der Abgabenfreiheit auf den deutschen Strömen eintreten. Werden sie trotzdem überstimmt, so haben sie wenigstens ihre Schuldigkeit getan vielleicht können sie noch etwas bessern.

## Politische Uebersicht.

### Deutsches Reich.

**Die Reichsfinanzen.** Die Erklärungen, die Staatssekretär Wermuth kürzlich in der Reichswertzuwachssteuerkommission abgegeben hat, sind von einer über das Gebiet der Reichswertzuwachssteuer weit hinausgehenden allgemeinen politischen Bedeutung. Zunächst erfuhr man aus diesen Angaben, daß der durchschnittliche Jahresbedarf für das Quinquennat etwas über 20 Millionen beträgt und daß die Neuanforderungen für das Jahr 1911 8 Millionen erfordern, die samt den für die Erhöhung der Veteranenbeihilfe notwendigen 5 Millionen Mark nur aus den Erträgnissen der Reichswertzuwachssteuer beschafft werden können. Daher wird die Regierung gegen eine wesentliche Abschwächung ihres Entwurfs sein müssen. Jedenfalls rechnet sie mit stetig wachsenden Erträgen aus der Zuwachssteuer. Das beweist, daß die durch die Reichsfinanzreform herbeigeführte Balancierung des Etats auf außerordentlich schwachen Füßen steht und daß es noch jahrelang des vereinten harmonischen Zusammenwirkens von Volksvertretung und Regierung bedürfen wird, um unsere Reichsfinanzen dauernd auf eine sichere und gesunde Basis zu stellen. Denn der Etat 1911 balanciert nur, wenn die Reichswertzuwachssteuer ohne allzu große Abschwächung ihrer Wirkung bewilligt wird. Oder es müßte die bessere Fürsorge für unsere Veteranen unterbleiben und für die Mehraufwendungen im Interesse unserer Kampfbereitschaft müßte eine andere Steuer gefunden werden. So spricht alles dafür, die Reichswertzuwachssteuer möglichst bald und mit Gesetzeskraft vom Tage ihrer Veröffentlichung anzunehmen.

**Die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres.** Dem Reichstag ist gestern der Gesetzentwurf über die Friedensstärke des deutschen Heeres zugegangen. Danach wird diese vom 1. April 1911 ab allmählich erhöht, so daß sie im Laufe des Rechnungsjahres 1915 die Zahl von 515 331 Gemeinen, Gefreiten und Obergefreiten erreicht und in dieser Höhe bis zum 31. März 1916 bestehen bleibt.